SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Aceh nach dem Abkommen von Helsinki: Einschätzung und Perspektiven

Bünte, Marco

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bünte, M. (2005). Aceh nach dem Abkommen von Helsinki: Einschätzung und Perspektiven. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, *24*(5), 20-24. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338692

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Im Fokus

Aceh nach dem Abkommen von Helsinki: Einschätzung und Perspektiven

Marco Bünte

1 Einleitung

Am 15. August 2005 haben die indonesische Regierung und die Bewegung Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka, GAM) in Helsinki ein Friedensabkommen unterzeichnet, das die Möglichkeit eröffnet, den mehr als 30 Jahre andauernden Regionalkonflikt zu beenden. Das Friedensabkommen folgt fünf Verhandlungsrunden in Helsinki, die von dem ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari und seiner Crisis Management Initiative (CMI) moderiert wurden. Ermöglicht wurden die Gespräche in Helsinki durch die Flutwelle am 26. Dezember 2004, bei der in der indonesischen Provinz Aceh mehr als 160.000 Menschen ums Leben gekommen sind und etwa 700.000 Menschen obdachlos wurden. Die Hilfsbereitschaft und das hohe Spendenaufkommen der internationalen Gemeinschaft machten eine Lösung des Konflikts unabdingbar. Sollte der Wiederaufbau Acehs voranschreiten, musste auch der seit langem schwelende Konflikt beigelegt werden. Der internationale Druck führte beide Seiten schließlich an den Verhandlungstisch zurück. Die letzten Verhandlungen zwischen der indonesischen Regierung und der GAM waren im Mai 2003 abgebrochen worden, nachdem sich die GAM einem Ultimatum der indonesischen Regierung, ihre Forderung nach Unabhängigkeit einzustellen, nicht gebeugt hatte (Aspinall & Crouch 2003; Schulze 2003). Die indonesische Regierung hatte daraufhin das Kriegsrecht in der Provinz Aceh ausgerufen und 30.000 Soldaten in die Provinz abkommandiert, um die auf 3.000 Kämpfer geschätzte Guerillaorganisation auszulöschen. Die Flutwelle veränderte jedoch die Rahmenbedingungen grundlegend. Es öffnete sich ein Zeitfenster zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche. Die folgenden Ausführungen zeichnen den Weg zum Friedensvertrag nach, nennen die wesentlichen Eckpunkte des Friedensabkommens und diskutieren die Chancen und Stolpersteine bei der Umsetzung des in Helsinki vereinbarten Memorandum of Understanding zwischen der Regierung in Aceh und der Rebellenbewegung GAM (MEMU 2005).

2 Der Weg nach Helsinki

Laut Informationen der Crisis Group wurden die Gespräche in Helsinki vor allem durch zwei Entwicklungen im letzten Jahr ermöglicht (ICG 2005: 3f.).

Die Offensive des Militärs, die im Mai 2003 begonnen wurde, schwächte die GAM dermaßen, dass die GAM-Kommandeure in Aceh eine Exit-Option zumindest in Erwägung zogen. Seit 2003 waren nach Angaben der indonesischen Armee (TNI) mehr als 3.000 GAM-Kämpfer getötet worden, die Nachschublinien und Kommunikationswege sind so schon Mitte des Jahres 2004 erheblich beschädigt worden.

Eine geheime, politische Initiative von Vizepräsident Jusuf Kalla, die darauf abzielte, der GAM ihre Forderung nach Unabhängigkeit abzukaufen, war im Jahr 2004 stecken geblieben.

Durch diese Entwicklungen wurde auf beiden Seiten die Bereitschaft, neue Wege zur Lösung des Konflikts zu beschreiten, erhöht. Der Tsunami vom 26. Dezember 2004 sorgte schließlich für eine vollkommen neue Dynamik: Die GAM erklärte kurz nach der Flutwelle einen einseitigen Waffenstillstand und versuchte, jegliche Zusammenstöße mit der TNI zu vermeiden und damit ihre Truppen zu schützen (ICG 2005: 4). Das Militär, das sich formell dem Waffenstillstand anschloss, intensivierte allerdings seine Operationen weiter – insbesondere in Ostaceh – und tötete in den ersten Wochen mehr als 120 GAM-Kämpfer. Parallel zu diesen militärischen Aktionen verstärkte der indonesische Präsident seine diplomatischen Friedensbemühungen und versuchte, sein im Wahlkampf 2004 gegebenes Versprechen, den Frieden nach Aceh zu bringen, einzulösen. Die Friedensgespräche waren jedoch letztlich vor allem das Resultat veränderter Rahmenbedingungen: Durch die Flutwelle war der Konflikt für eine kurze Zeit in das Zentrum der Weltöffentlichkeit gerückt, durch die Präsenz zahlreicher internationaler Hilfsorganisationen, Soldaten und Medienberichterstattern blieb die Aufmerksamkeit erhalten. Der Druck auf den indonesischen Präsidenten wurde größer, zu einer wirklichen Lösung des Regionalkonflikts zu gelangen. Für den Wiederaufbau der zerstörten Provinz war eine langfristig angelegte Lösung des Konflikts ohnehin unabdingbar. Die Weltgemeinschaft erwartete

einen raschen Frieden und eine transparente Verteilung der Gelder zum Wiederaufbau.

Susilo Bambang Yudhoyono rief die Konfliktparteien im Januar 2005 dazu auf, Aceh als Teil des indonesischen Staates wieder aufzubauen. Er nahm schließlich im Januar die Vermittlungsdienste des ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari und der CMI an und akzeptierte die Einladung zu „informellen Gesprächen“ mit der GAM. Daraufhin trafen sich Ende Januar in Helsinki die Repräsentanten der indonesischen Regierung mit Vertretern der GAM zu einer ersten Verhandlungsrunde. Die indonesische Seite schickte eine hohe Regierungsdelegation, die aus dem Sicherheitsminister Widodo Sucipto, dem früheren Militärkommandeur in Aceh, Syarifuddin Tippe, dem Justizminister Hamid Awaluddin und dem Informationsminister Sofyan Djalik bestand. Die fünfköpfige GAM-Delegation wurde von ihrem „Premierminister im Exil“ Malik Mahmud angeführt, auch der australische Indonesien-Experte Damien Kingsbury war Mitglied in der GAM-Delegation.

Als Verhandlungsziel nannten beide Seiten die „Herstellung von Frieden“, um vor Ort die Vorbedingungen für eine effiziente Aufbauarbeit schaffen zu können. Bei den Gesprächen im Januar handelte es sich allerdings lediglich um „vertrauensbildende Maßnahmen“, bei denen beide Seiten an ihren politischen Zielen festhielten: Die GAM am Ziel der Unabhängigkeit durch ein Referendum, die indonesische Regierung an ihrem Angebot einer Sonderautonomie innerhalb des indonesischen Nationalstaates. Erst innerhalb der folgenden vier Gesprächsrunden, die Ende Februar, Ende April, Ende Mai und Mitte Juli für jeweils mehrere Tage in Helsinki stattfanden, gingen beide Konfliktparteien von ihren Positionen ab und versuchten, einen wirklichen Kompromiss zu erarbeiten. In allen Streitfragen wurde (teilweise in letzter Minute) ein Kompromiss erzielt, sodass die Gespräche am 15. Juli erfolgreich beendet und am 15. August ein Abkommen zwischen beiden Konfliktparteien unterzeichnet werden konnte.

3 Eckpunkte des Friedensabkommens

Das am 15. August in Helsinki unterzeichnete Memorandum of Understanding (MEMU 2005) besiegelt „den Willen aller Vertragsparteien zu einer friedlichen, umfassenden und nachhaltigen Lösung des Konflikts“. Die Konfliktparteien unterstreichen darin ihre Bereitschaft, Aceh als Teil eines demokratischen Indonesiens wieder aufzubauen (Präambel). Das Abkommen ist in sechs Teile gegliedert, die sich mit der Selbstregierung Acehs, den Menschenrechten, der Amnestie und Reintegration der GAM-Kämpfer, den Sicherheitsarrangements und der Konfliktbeilegung befassen.

3.1 Sonderautonomie

Die indonesische Regierung verpflichtet sich bis zum 31. März 2006 ein neues Gesetz zu erarbeiten, das der Provinz Aceh eine Autonomie in allen Politikbereichen außer der Außenpolitik, Verteidigung, Sicherheit, Geldpolitik, Justiz und Religion einräumen soll. Diese Politik befindet sich auf der Linie der allgemeinen Dezentralisierungspolitik des Landes, die den über 400 Distrikten Kompetenzen in den genannten Politikbereichen überträgt. Im Gesetz 22/1999 waren die gleichen Politikbereiche aufgeführt worden (Bünte 2003: 129ff.). Darüber hinaus sollen jedoch die Beschlüsse zu Aceh, die von der Zentralregierung getroffen werden, in Übereinstimmung mit dem regionalen Parlament in Aceh getroffen werden (Punkt 1.1.2). In finanzieller Hinsicht ermöglicht das Abkommen, dass 70 Prozent der Einnahmen aus dem Ölsektor in Aceh verbleiben. Die Regierung Acehs darf darüber hinaus die historischen, gewohnheitsrechtlichen Namen für Beamte, Verwaltung und Regierung wieder einführen und regionale Symbole wie Flagge, Hymne und Wappen verwenden (Punkt 1.3). Diese Bestimmungen waren schon Teil des Gesetzes 18/2001 zur Sonderautonomie für Aceh gewesen. Das Abkommen ermöglicht es außerdem, dass Repräsentanten der GAM als unabhängige Kandidaten bei den Lokalwahlen im Frühjahr nächsten Jahres antreten können. Darüber hinaus will sich die indonesische Regierung bemühen, innerhalb der nächsten 18 Monate die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bildung von regionalen Parteien zu schaffen. Die indonesische Zentralregierung muss folglich das Parteiengesetz ändern, eine Ausnahmeregelung für Aceh einführen oder ein Amendment zur Sonderautonomie für Aceh in Kraft setzen, die die Bildung lokaler Parteien ermöglicht.

3.2 Menschenrechte

Das Abkommen sieht die Einrichtung eines Menschenrechtshofes vor. Darüber hinaus soll eine Wahrheits- und Aussöhnungskommission eingerichtet werden. Weitere Einzelheiten werden im Abkommen jedoch nicht erwähnt.

3.3 Amnestie und Reintegration

Die indonesische Regierung verspricht mit sofortiger Wirkung eine generelle Amnestie für alle Kämpfer der Unabhängigkeitsbewegung und politisch Inhaftierten. Die Wiedereingliederung der GAM-Mitglieder soll durch die indonesische Regierung gefördert werden, indem ihnen Land, eine berufliche Zukunft oder andere Maßnahmen zur sozialen Sicherheit zur Verfügung gestellt werden (Punkt 3.2.5). Ehemalige GAM-Kämpfer erhalten ebenso die Möglichkeit, sich bei der Polizei oder der Armee zu bewerben.

3.4 Sicherheitsmaßnahmen

Die GAM verpflichtet sich in dem Abkommen, ihre 3.000 Mann starke Guerillaorganisation aufzulösen und 840 Waffen an die Behörden zu übergeben. Die Entwaffnung soll in vier Stufen vom 15. September bis zum 31. Dezember 2005 erfolgen (Punkt 3.3). Die indonesische Regierung verpflichtet sich im Gegenzug, alle Milizen und

mobilen Sondereinheiten der Polizei und Armee in vier Stufen im gleichen Zeitraum abzuziehen. Sie verpflichtet sich weiterhin, in der Provinz noch 14.700 Soldaten zur Verteidigung und 9.100 Polizisten zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zu stationieren.

3.5 Beobachtermission wacht über Einhaltung des Friedensabkommens

Die Einhaltung des Friedensabkommens, der Abzug der Soldaten und die Entwaffnung der GAM-Kämpfer sollen von einer Mission der Europäischen Union und der ASEAN überwacht werden. Die Mitarbeiter der Mission sollen sich frei in der Provinz bewegen können. Dazu wurde im Anschluss an das Helsinki-Treffen eine Zusatzvereinbarung zwischen der EU und der indonesischen Regierung geschlossen. Die 300 Mann starke internationale Beobachterkommission, die von der EU angeführt wird und der 100 Soldaten der ASEAN-Staaten Brunei, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand sowie Norwegens und der Schweiz angehören, soll am 15. September ihre Arbeit aufnehmen (EU 2005). Sie wird von Pieter Cornelis Feith, der bereits die EU-Mission in Jugoslawien geführt hatte, geleitet.

3.6 Konfliktlösung

Der internationalen Beobachterkommission kommt auch eine wichtige Rolle im Falle der Konfliktregulierung zwischen beiden Parteien zu. Der Führer der Beobachtermission entscheidet (bindend) über die Streitschlichtung, nachdem er beide Seiten angehört hat. Falls die Konfliktparteien sich nicht auf eine Streitschlichtung einigen können, sollen der indonesische Sicherheitsminister, der Leiter der GAM-Delegation und die Crisis Management Initiative eingeschaltet werden.

4 Chancen und Gefahren: Bewertung des Friedensabkommens

Das Friedensabkommen von Helsinki ist ein politischer Kompromiss zwischen dem indonesischen Staat und der Unabhängigkeitsbewegung. Angesichts des engen Zeitplans ist das Zustandekommen des Kompromisses als Erfolg zu werten. Die mit dem Friedensprozess verbundenen Anreize bieten eine große Chance, dass der Regionalkonflikt beendet wird. Der Kompromiss besteht darin, dass die Guerillaorganisation GAM ihren Kampf um Unabhängigkeit aufgibt, sich auflöst, ihre Waffen abgibt und dafür eine Chance zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft und politische Repräsentation in Aceh erhält. Dies ist eine gängige internationale Praxis und hat in anderen Konfliktregionen (wie beispielsweise Nordirland) zum Erfolg geführt. Die Aussichten auf Frieden sind deshalb nach dem Abkommen von Helsinki günstiger als jemals zuvor. Zu vorsichtigem Optimismus verleiten insbesondere die zahlreichen Anreize, die der Rebellenbewegung nach der Niederlegung ihrer Waffen gemacht werden. Dabei erfordert sowohl die Reintegration als auch die politische Repräsentation der GAM noch zahlreiche zusätzliche Konkretisierungen. Langfristig ist gegenseitiges Vertrauen und der anhaltende Wille der GAM und des Militärs, den Konflikt tatsächlich beenden zu wollen, eine unabdingbare Voraussetzung zur Lösung des Konflikts. Im Einzelnen sind folgende Stolpersteine zu erkennen, die einer Umsetzung des Abkommens im Wege stehen und den Friedensprozess gefährden können.

4.1 Lokalwahlen, Lokalparteien und die anstehende Gesetzesänderung

Die GAM erhält das Angebot, unabhängige Kandidaten bei den Lokalwahlen (Gouverneur, Bürgermeister, Dorfchef) im Frühjahr nächsten Jahres zu stellen. Eine Verordnung der Provinzversammlung von Aceh ermöglicht jedoch lediglich die Kandidatur von Personen, die von Parteien vorgeschlagen werden (ICG 2005). Die Provinzversammlung müsste folglich neue rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, um unabhängige Kandidaten bei den Lokalwahlen zuzulassen. Darüber hinaus verspricht die indonesische Regierung, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Bildung einer Regionalpartei in Aceh zu schaffen. Die Regierung erwägt hier insbesondere ein Amendment des Gesetzes zur Regionalautonomie für Aceh aus dem Jahre 2001 (JP, 20.7.05). Angesichts der nationalistischen Grundhaltung bei Teilen des indonesischen Parlaments (insbesondere bei der PDI-P und Teilen der Golkar) wird dies aber ein schwieriges Unterfangen. Die Opposition kritisierte beispielsweise nach dem Friedensabkommen den sich abzeichnenden bruchlosen Übergang der bewaffneten Unabhängigkeitsbewegung zu einer regionalen Partei und warnte davor, dass ähnliche Forderungen in anderen Provinzen zu einem Auseinanderbrechen des Archipels führen könnten (*Tempo*, 52, 30.8-5.9.05). Innerhalb des konservativ-nationalistischen Lagers ist die Angst außerdem groß, dass die GAM als lokale Partei auf demokratischem Wege die Abtrennung vom indonesischen Nationalstaat verfolgen könnte. Nach einem Treffen mit Vizepräsident Jusuf Kalla kurz vor der Unterzeichnung des Abkommens zeigten sich die Kritiker aus den Reihen der Opposition vorerst beschwichtigt (WSJ, 9.8.05). Dennoch birgt die nationalistische Grundhaltung von Teilen des Parlaments die Gefahr, dass die von indonesischer Seite zugesagte Gesetzesänderung scheitern könnte. Dies wiederum könnte das Vertrauen der GAM untergraben und den Prozess hinauszögern bzw. im schlimmsten Fall scheitern lassen. DPR-Sprecher Hidayat Nur Wahid gab unterdessen Anfang September zu erkennen, dass das Repräsentantenhaus den Friedensschluss in Helsinki unterstütze. Er forderte Susilo Bambang Yudhoyono allerdings auf, den Friedensvertrag denjenigen Parteien zu erläutern, die eine andere Auffassung vertreten (JP, 8.9.05).

Ein weiterer kritischer Punkt ist das im Abkommen erwähnte Datum für die Lokalwahlen. Sollten die Lokalwahlen im nächsten Frühjahr stattfinden und die Regierung bis dahin noch keine rechtliche Grundlage geschaf-

fen haben, könnte dies von Teilen der GAM als Vertragsbruch gedeutet werden (obwohl die 18-Monatsfrist noch nicht abgelaufen ist).

4.2 Demobilisierung, Entwaffnung und Integration

Die Entwaffnung stellt eine sehr kritische Phase im gesamten Prozess dar. Sie beginnt am 15. September und soll in vier Schritten bis zum 31. Dezember abgeschlossen werden. Fraglich ist vor allem, ob alle Soldaten und Milizen abgezogen, ob alle Rebellen aus ihren Verstecken in den Bergen kommen und ihre Waffen an den Kontrollpunkten abgeben werden. Zwar wird in dem Abkommen eine konkrete Anzahl von GAM-Kämpfern und Waffen genannt. Fraglich ist aber, ob die Kämpfer wirklich ihren Kampf aufgeben und alle Waffen abgeben. Ferner stellt sich die Frage nach dem Abzug der Streitkräfte und mobilen Sondereinheiten von Polizei und Armee. In den anderen Konfliktgebieten des Archipels, insbesondere in Osttimor und Westpapua zählte die Förderung der Aufstellung von Milizen zur speziellen Taktik der Armee. Auch in Aceh sind laut Informationen der Crisis Group solche Milizen mit Unterstützung der Streitkräfte gebildet worden, sie könnten als Störenfriede zur Unterminierung des Friedensabkommens beitragen. Der politische Wille beider Konfliktparteien, den Kampf zu beenden, bleibt folglich entscheidend. Sowohl die GAM als auch das Militär haben in der Vergangenheit lukrative Geschäfte in Aceh gemacht und dadurch ein Interesse daran entwickelt, den Konflikt am Leben zu halten. Die GAM finanziert einen Teil ihrer Aktivitäten durch Schmuggel sowie Drogen- und Waffenhandel und durch eine von der lokalen Bevölkerung erhobene Steuer. Auch das Militär verdient durch Abschöpfungen finanziell mit. Es hat sich eine Kriegsökonomie entwickelt, die den Krieg nährt (Ross 2003; Heiduk 2004: 310). Beide Konfliktparteien müssen nun davon überzeugt werden, dass sich ihre Zukunft nach Abgabe der Waffen besser gestaltet. Präsident Susilo hat nach Beendigung der Gespräche von Helsinki Generaloberst Endriartono Sutarto aufgefordert, die Offensiven des Militärs zu stoppen, um den Frieden nicht zu gefährden (JP, 21.7.05). Dieser zeigte sich gegenüber der Presse jedoch skeptisch, dass die GAM den Friedensvertrag einhalten würde und unterstrich die Bereitschaft der Armee, im Notfall einzugreifen (WSJ, 9.8.05). Präsident Susilo hat der obersten Heeresleitung in Jakarta den Friedensvertrag erläutert und die Soldaten aufgefordert, sich professionell zu verhalten und den Frieden aktiv zu unterstützen (JP, 8.9.05).

Im Helsinki-Abkommen wurde vielen GAM-Kämpfern eine Generalamnestie versprochen. Die indonesische Regierung gab daraufhin bekannt, dass sie über 2.000 Rebellen aus den Gefängnissen entlassen werde (WSJ, 28.07). Doch die Generalamnestie ist nur ein erster Schritt hin zur Wiedereingliederung der Kämpfer. Viele Guerilleros haben keine andere Ausbildung als den Kampf an den Waffen. Für die GAM-Kämpfer werden damit finanzielle und ökonomische Anreize entscheidend, den Kampf zu beenden. Das Helsinki-Abkommen hat den GAM-Kämpfern Land und eine berufliche Wiedereingliederung versprochen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen in der von Bürgerkrieg und Flutwelle zerstörten Provinz gestaltet sich folglich umso dringlicher. Da allerdings beim Wiederaufbau der Provinz kaum Fortschritte gemacht worden sind, könnten sich diese Maßnahmen ebenfalls als Hindernis darstellen. Die internationale Gemeinschaft muss hier durch die Wiederaufbaumaßnahmen dabei helfen, den sozialen Frieden in Aceh zu gewährleisten und die ökonomische und soziale Integration der GAM-Kämpfer voranzutreiben.

4.3 Internationale Beobachtung und Streitschlichtung

Die Entsendung von 200 Soldaten der Europäischen Union und 100 ASEAN-Soldaten zur Überwachung des Friedensabkommens ist eine primär symbolische Maßnahme. Allerdings lässt sich die Tatsache, dass die indonesische Regierung einer internationalen Beobachtermission überhaupt zugestimmt hat, als Zeichen des guten Willens deuten. Die nationalistische Grundhaltung eines Großteils der politischen Elite steht dem Einsatz ausländischer Beobachter traditionell ablehnend gegenüber. Allerdings erhält die Beobachtermission bei Zwischenfällen und Provokationen seitens der Armee oder der GAM durchaus praktische Bedeutung, da der Leiter der AMM zur Streitschlichtungsinstanz ernannt wird. Dem Abkommen vom 9. Dezember 2002, das unter Schirmherrschaft des Genfer Henri-Dunant-Zentrums erarbeitet wurde, mangelte es an derartigen Konfliktlösungsmechanismen. Das neue Abkommen ist deshalb ein grundlegender Fortschritt gegenüber dem damaligen Rahmenabkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten. Dem damaligen Unternehmen war bekanntlich wenig Erfolg beschieden, nach nur wenigen Monaten brachen die Feindseligkeiten wieder aus und die in Tokio fortgeführten Gespräche zwischen der GAM und der Regierung scheiterten endgültig. Dies war aber vor allem darauf zurückzuführen, dass die damalige Präsidentin Megawati dem Drängen konservativer Militärs nachgab und das Kriegsrecht in Aceh ausrief. Der jetzige Präsident Susilo ist sich der zu erwartenden Schwierigkeiten bewusst. In einem Zeitungsbeitrag nannte er den Friedensvertrag „lediglich den Anfang von allem. Man dürfe die Probleme nicht unterschätzen und so tun, als sei alles in Ordnung“ (IHT, 16.8.05).

5 Fazit

Der Friedensvertrag in Aceh bietet Anlass zu vorsichtigem Optimismus, dass der langjährige Regionalkonflikt endlich beendet werden kann. Dennoch bietet er zahlreiche Stolpersteine, die zur erneuten Eskalation des Konfliktes führen könnten. Diese liegen in der kritischen Phase der Entwaffnung, in der Existenz von Sondereinheiten und Milizen des Militärs und anderer Störenfriede. Die Entwaffnung ist jedoch lediglich eine kritische

Phase. Nach dieser ersten Phase werden die politischen, ökonomischen und sozialen Aspekte des Abkommens wichtiger. Hier wiederum bieten die politischen Anreize in Form von Lokalwahlen und Lokalparteien eine gute Chance, eine politische Repräsentation der GAM zu ermöglichen. Vorerst müssen hierfür jedoch noch die Hindernisse im Parlament beseitigt werden. Als wichtiger weiterer Anreiz sind hier die Wiederaufbaugelder zu nennen. Insgesamt ist die Chance auf Frieden größer als im Dezember 2002, weil beiden Seiten ein Bündel von Anreizen geboten wird, den bewaffneten Kampf wirklich aufzugeben. Die Weltöffentlichkeit, die weiterhin gespannt nach Aceh blickt, ist ein genauso wichtiger Garant dafür, dass der Friedensvertrag eingehalten wird, wie die internationale Beobachtermission. Insgesamt kann man vorsichtig optimistisch sein, dass einer der ältesten Regionalkonflikte in Südostasien zur Ruhe kommt. Symbolisch war dafür wiederum das Datum der Unterzeichnung des Friedensvertrags. Ein Tag vor dem 60. Feiertag der Unabhängigkeit des indonesischen Staates wird damit die territoriale Einheit Indonesiens gestärkt und der neue Präsident kann den ersten wirklichen Erfolg in seiner kurzen Amtszeit für sich verbuchen.

Quellen

Aspinall, Edward & Harold Crouch (2003), *The Aceh Peace Process – Why it failed*, Policy Studies No 1, Washington, D.C.: East-West Center Washington

Bünte, Marco (2003), *Regionale Autonomie in Indonesien – Wege zur erfolgreichen Dezentralisierung*, Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 374

Heiduk, Felix (2004), „Separatismus in Indonesien. Die politische Ökonomie eines vergessenen Krieges“, in: *Nord-Süd aktuell*, 2, S. 305-312

EU Council Secretariat (2005), *Monitoring Mission in Aceh*, ACH/OO, August

ICG (2005), *Aceh: A New Chance for Peace*, Asia Briefing Nr.40, Jakarta/Brussels, 15. August

MEMU (2005), „Memorandum of Understanding between the Government of the Republik of Indonesia and the Free Aceh movement“. Online: http://www.ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/MoU_Aceh.pdf (Zugriff 16.09.05)

Ross, Michael (2003), „Resources and Rebellion in Aceh, Indonesia“, Paper Prepared for the Yale-World Bank Project on „The Economics of Political Violence“. Online: http://www.polisci.ucla.edu/faculty/ross/ResourcesRebellion.pdf

Schulze, Kirsten (2003), „The Free Aceh Movement – Anatomy of a Separatist Organisation“, East West Centre Washington, Working Paper Policy Studies, No.2. Online: http://www.eastwestcentre washington.org/publications/